



GdP fordert transparente Einsatzplanung

Drei Großeinsätze kommen in den nächsten Monaten auf die Polizei in Nordrhein-Westfalen zu, der NATO-Doppelgipfel in Baden-Baden und Straßburg am 4./5. April, die Anti-Islamkonferenz am 9./10. Mai in Köln und eine NPD-Demo am 5. September in Dortmund. Bewältigen lassen sich die Großereignisse, zu denen noch etliche Fußballwochenenden und Einsätze wegen der Wahlkämpfe hinzukommen, nur durch eine transparente Kräfteplanung. Doch genau daran hapert es.

Mit Erlass vom 27. November 2008 und vom 9. Januar diesen Jahres hat das Innenministerium für alle drei Termine für die Bereitschaftspolizei und die Alarmzüge die „größtmögliche Verfügbarkeit“ angeordnet. Zur Einsatzbewältigung würden alle Kräfte benötigt, so die Begründung des Ministeriums. Auch aus Sicht der GdP ist wegen der Häufung der Großereignisse eine sorgfältige Kräfteplanung für die kommenden Monate notwendig. Allerdings lehnt die GdP das vom Innenministerium genannte Kriterium der „größtmöglichen Verfügbarkeit“ als unkonkret ab.

In einem Gespräch mit dem Einsatzreferenten, LPD Heinen, hat die GdP kritisiert, dass der Begriff „größtmögliche Verfügbarkeit“ im Erlass nicht näher definiert ist und deswegen von Behörde zu Behörde unterschiedlich ausgelegt wird. Während die eine Behörde zurzeit noch Erholungsurlaub gewährt, um dann eine Urlaubs- und Dienstfreisperre zu erlassen, beabsichtigt eine andere Behörde bis drei Wochen vor dem NATO-Doppelgipfel zu warten und die Urlaubsgewährung dann in Ausnahmefällen von der Krankenquote abhängig zu machen. Selbst bei der Frage, was ein Ausnahmefall für Urlaub ist, gibt es keine klaren Kriterien.

„Die Regelung ist weder einheitlich noch transparent“, kritisiert Adi Plickert, Vorstandsmitglied der GdP für die Bereitschaftspolizei. Auch für die Alarmzüge gibt es nach Erkenntnissen der GdP

keine klaren Regelungen. Wer definiert hier den Ausnahmefall? Der DGL, der Zugführer des Alarmzuges oder der Hundertschaftsführer, dem der Alarmzug angegliedert ist? Wer legt die Abwesenheitsquote fest?

In dem Gespräch mit der GdP hat LPD Heinen den Erlass verteidigt. Es sei seit langer Zeit geübte Praxis, dass das Ministerium bei sich abzeichnenden Großein-

sätze die Einsatzmaßnahmen erforderlich sind“, erklärte Heinen. In einer Besprechung mit den Einheitsführern der Bereitschaftspolizei am 12. Dezember 2008 habe er dies eingehend erläutert und auf die Hintergründe umfassend hingewiesen. „Dies stieß dort nach meiner Wahrnehmung auf großes Verständnis“, sagte Heinen.

Die GdP bewertet den Erlass anders: Auch für sie ist die sachliche Notwendigkeit einer vorausschauenden Kräfteplanung unstrittig, die dazu notwendigen Regelungen müssen allerdings klar definiert und einheitlich ausgelegt werden. „Dies ist mit der jetzt gewählten Formulierung der ‚größtmöglichen Verfügbarkeit‘ nicht gewährleistet“, stellt GdP-Vorstandsmitglied Plickert fest. Aus diesem

Grunde fordert die GdP eine konkrete Definition des Kriteriums „größtmögliche Verfügbarkeit“. Diese könnte bei 85 bis 90 Prozent der Soll-Stärke der Einheiten liegen. Hierdurch wäre gewährleistet, dass die Kräfteplanung sowohl dem Einsatzanlass, aber auch dringenden persönlichen Interessen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen Rechnung trägt. „Der Dienst in der Bereitschaftspolizei und in den Alarmzügen muss auch bei besonderen Einsatzsituationen ein Mindestmaß an Planbarkeit ermöglichen“, fordert Plickert. Das ist auch deshalb erforderlich, weil 2008 die Einsatzbelastung bei der Bereitschaftspolizei und bei

den Alarmzügen erneut gestiegen ist. Selbst das besonders geschützte Erlassfrei-Wochenende konnte im vergangenen Jahr in 25 Prozent aller Fälle nicht eingehalten werden.

Die GdP hält deshalb eine Klärstellung der Mindeststärken-Regelung für dringend erforderlich. Sie will in weiteren Gesprächen mit dem Innenministerium nach einer Lösung des Problems suchen.



Häufige Einsätze in anderen Bundesländern, wie hier in Berlin, sind eine der Ursachen der permanenten Überlastung der Bereitschaftspolizei.

sätzen frühzeitig auf absehbare Beschränkungen für die Bereitschaftspolizei hinweist. „In diesem Zusammenhang hat sich auch die zum Teil kritisierte Formulierung bewährt. Die Veranlassung der ‚größtmöglichen Verfügbarkeit‘ erfolgt seit mehreren Jahren, wenn die Voraussetzungen für die Anordnung einer Urlaubssperre nicht bzw. noch nicht vorliegen, gleichwohl aber deutlich werden soll, dass nach Möglichkeit alle Kräfte für





Wann, wenn nicht

Eigentlich hätte die dritte Verhandlungsrunde bringen sollen. Aber weil die Bundesländer ein 2 Prozent vorgelegt haben, wurden die Tarifverhandlungen zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe. Keine Streiks im öffentlichen Dienst wahrscheinlich.

Auch jetzt ist der Druck, den die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf die Bundesländer ausüben, bereits massiv. Denn Tarifbeschäftigte und Beamte bei der Polizei, in Schulen und Universitäten, in den Straßenmeistereien und bei der Landesverwaltung wollen sich nicht mehr mit Nullrunden abspesen lassen. Sie fordern eine Tarifierhöhung, die mindestens den Kaufkraftverlust der vergangenen Jahre ausgleicht. Und die auch in den unteren Lohngruppen ein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht. Mit zahlreichen Demonstrationen und ersten Warnstreiks haben ver.di, GEW, GdP und der Deutsche Beamtenbund deshalb seit Mitte Januar für ihre Forderung nach „8 Prozent mehr für alle, mindestens 200 Euro für jeden“ mobil gemacht.

Allein am bundesweiten Polizeiaktionstag, am 3. Februar in Hannover, sind mehr als 14 000 Gewerkschaftsmitglieder am Amtssitz des Verhandlungsführers der Länder, des niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring, vorbeigezogen. Darunter auch GdP-Kollegen aus Recklinghausen, Gelsenkirchen, Dortmund und Ostwestfalen. Nur wenige Tage später, am 10. Februar, haben sich in Düsseldorf erneut 8000 Mitglieder von GdP, GEW und ver.di an einer Demonstration beteiligt, die vom Amtssitz von Finanzminister Helmut Linsen zur Staatskanzlei von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers führte. Unter ihnen waren rund allein 3500 Polizeibeamte in Uniform – trotz eines während der Demonstration über die Landeshauptstadt hereinbrechendes Unwetter. (Fotos)

„Die Zeit der Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst ist vorbei“ – das war die zentrale Botschaft, die von den 8000 Gewerkschaftsmitgliedern ausging, die in Düsseldorf Schnee und Sturm trotzten.

Bei der Auftaktkundgebung hatte Tarifvorstand Brigitte Herrschaft noch einmal daran erinnert, dass auch bei der Polizei die Einkommen der Tarifbeschäftigten in den unteren Lohngruppen nicht zur Finanzierung eines eigenständigen Lebens ausreichen, weil von 900 Euro netto niemand leben kann. Und dass deshalb die Gewerkschaften nicht nur 8 Prozent Gehaltszuwachs für alle fordern, sondern

Jetzt? Wer, wenn nicht wir?

Am 14. Februar in Potsdam den Durchbruch unseriöses Angebot von weniger als Verhandlungen auf den 28. Februar veragt, den kommt es auch dort nicht zum Abschluss, werlicher.

mindestens 200 Euro für jeden. „Wer Schutzschilde für Banken aufspannt, die durch Finanzspekulationen in eine Krise geraten sind, wer mit der Gründung von ‚Bad-Banks‘ in Not geratenen Banken helfen will, ihre ‚Monopoly-Investmentpapiere‘ gegen sauberes Geld einzutauschen und gleichzeitig Tarifforderungen der eigenen Beschäftigten von 8 Prozent als ‚völlig überzogen‘ diskreditiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn er das Vertrauen der Bevölkerung verliert“, hatte Herrschaft die Politiker vor einer weiteren Blockade der längst überfälligen Tarifierhöhung im öf-

fentlichen Dienst gewarnt. „Denn es sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die durch einen erneuten Gehaltsverzicht den Rettungsschirm für die Banken finanzieren sollen.“

Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Peter Hugo betonte, dass die 7,7 Milliarden Euro, die bundesweit die Umsetzung der Tarifforderung kostet, angesichts der 500 Milliarden Euro, die der Staat allein zur Rettung der Finanzjongleure bereitgestellt hat, ökonomisch eher bescheiden sind. Zumal in den letzten fünf Jahren die Steuereinnahmen alleine in NRW von 33 auf 42 Milliarden Euro gestiegen sind. Die 7,7 Milliarden wären zudem gut angelegt. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden dieses Geld nicht sparen, sondern ausgeben – das tut auch der Wirtschaft gut“, betonte Hugo.



Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler

Das Statement, das Hartmut Möllring, der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), unmittelbar nach dem vorzeitigen Ende der dritten Verhandlungsrunde am 14. Februar in die Kameras gesprochen hat, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Letztes Mal habe es 15 Wochen gedauert, bis die Gewerkschaften nachgegeben haben, diesmal könnte man das schneller haben, erklärte Möllring. Wer so redet, spielt nicht nur den Clown, sondern handelt politisch dumm. Denn er erklärt öffentlich, dass er die Konsequenzen seines eigenen Handels nicht durchschaut. Dass er die Brisanz der politischen Situation verkennt, in der CDU und SPD den Banken über Nacht Hunderte von Milliarden an Steuergeldern zuschieben, um sie vor den Folgen ihrer eigenen Fi-

nanzspekulationen zu bewahren, die aber gleichzeitig den eigenen Beschäftigten längst überfällige Tarifierhöhungen verweigern, weil angeblich kein Geld da ist.

Aber nicht nur Möllring handelt unklug, sondern auch diejenigen, die ihn gewähren lassen. Wie Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Denn Rüttgers hatte eigens seinen Finanzminister Helmut Linssen in die dreiköpfige Verhandlungskommission der TdL entsandt. Zu merken ist davon bislang nichts.

Doch wer, wie Rüttgers, untätig bleibt, muss sich am Ende nicht wundern, wenn sich die Wähler bei den anstehenden Wahlen daran erinnern. Denn es sind nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die wissen, dass Tarifierhöhungen bei der Polizei und in den Schulen, im Straßendienst und in der Landesverwaltung längst überfällig sind. Sondern es sind die ganz normalen Bürger, die sich darüber wundern, warum Rüttgers so gerne über Innere Sicherheit redet, aber diejenigen, die Tag für Tag ihre Knochen dafür hinhalten, im Regen stehen lässt, wenn es um faire Einkommen für sie geht. Für Rüttgers ist die Verhandlungsrunde am 28. Februar deshalb die letzte Chance, den Tarifkonflikt ohne Arbeitskampf zu lösen.

Brigitte Herrschaft ist als stellvertretende GdP-Vorsitzende in NRW für den Bereich Tarifpolitik zuständig.



Fotos: Manfred Vollmer



Über 4000 Bewerber für neuen Bachelor-Jahrgang

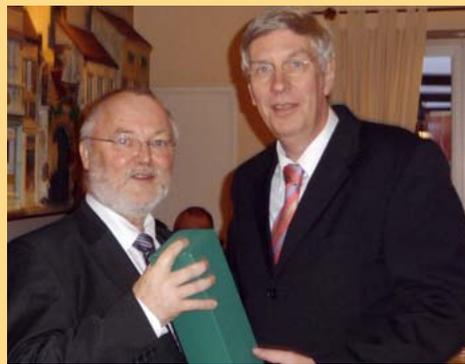
Mehr als 4000 junge Männer und Frauen haben sich bis Ende Januar beim Land für die Einstellung bei der Polizei beworben. Trotz der in diesem Jahr deutlich kürzeren Bewerbungsfrist interessieren sich damit erneut rund viermal so viele Schulabgänger mit Fachhochschulreife oder Abitur für die Aufnahme des Bachelor-Studiums Polizeivollzugsdienst, wie im September als Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt werden.

Die GdP sieht in dem anhaltend hohen Interesse von jungen Leuten mit sehr guter schulischer Vorbildung eine Bestätigung des Personalgewinnungskonzepts in NRW. „Während andere Bundesländer wegen des in den kommenden Jahren zu erwartenden verschärften Wettbewerbs um die kleiner werdende Zahl von Schulabgängern mit Hochschulreife ihre Einstellungsvoraussetzungen absenken, setzt NRW konsequent auf die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber“, betont GdP-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Kochs. Durch ihr jahrelanges Engagement für die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn und für das Bachelor-Studium für den Polizeidienst hat die GdP wesentlich zur Entwicklung dieses Qualitätskonzepts beigetragen. „Die ho-

he Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeiberuf in NRW zeigt, dass es richtig ist, bei der Gewinnung von neuen Polizeibeamten konsequent auf einen hohen Ausbildungsstandard und auf eine gute Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen zu setzen“, betont Kochs.

Positiv bewertet die GdP zudem, dass die von ihr monierten Fehler bei Beginn des ersten Bachelor-Jahrgangs im vergangenen Jahr inzwischen zum Teil abgestellt worden sind. So wurden im LAFP Personalengpässe im Service-Bereich durch die Einstellung von neuen Mitarbeitern reduziert. Dringenden Handlungsbedarf sieht die GdP allerdings nach wie vor bei der Zahl der Übungsplätze im

LAFP (Schießstände, Fahr- und Sicherheitstraining) und bei den Hörsälen. Das gilt auch für die Raumsituation an den Fachhochschulstandorten Köln und Bielefeld. Dort muss ein Teil der Studierenden mit ihren Lehrveranstaltungen nach Münster bzw. Duisburg ausweichen, weil am eigenen Hochschulstandort nicht genügend Räume zur Verfügung stehen. In einem Brief an Innenminister Wolf hatte die GdP bereits im Dezember darauf gedrungen, die Mittel des Konjunkturpakets II der Bundesregierung zu nutzen, um durch entsprechende Baumaßnahmen die Raumsituation an beiden Hochschulstandorten kurzfristig zu verbessern.



Mit einem Empfang, an dem auch der nordrhein-westfälische Innenminister Ingo Wolf teilgenommen hat, hat die GdP Anfang Februar ihren stellvertretenden Landesvorsitzenden Herbert Uebler zu seinem 60. Geburtstag geehrt. Uebler war im Oktober 1970 zur Polizei gekommen. Nach ersten politischen Funktionen bei der GdP sowie als Vorsitzender des Personalrats in Minden-Lübbecke, dann des Polizeibezirkspersonalrats in Detmold kam Uebler 1997 in den Hauptpersonalrat der

Polizei, dessen Vorsitzender er seit vielen Jahren ist. Im Innenministerium gilt Uebler als harter Verhandler. Die Zusammenarbeit mit ihm sei „gelegentlich kontrovers, manchmal hart, aber menschlich immer fair“, sagte Innenminister Wolf während der Feier.

Gewerkschafts- werbung per E-Mail

Gewerkschaften dürfen die betrieblichen E-Mail-Adressen der Beschäftigten nutzen, um ihnen Informationen über ihre Arbeit zukommen zu lassen. Das gilt auch dann, wenn ein Unternehmen oder eine Behörde die Nutzung der E-Mail-Adressen der Beschäftigten zu privaten Zwecken untersagt hat. Das hat das Bundesarbeitsgericht Ende Januar in einer Grundsatzentscheidung festgestellt (1 AZR 515/08). „Die Entscheidung einer Gewerkschaft, Arbeitnehmer auf diesem Weg anzusprechen, ist Teil ihrer durch Artikel 9 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz geschützten Betätigungsfreiheit“, stellten die Erfurter Richter fest. Die Unternehmen könnten den Gewerkschaften das Recht auf Nutzung von E-Mail nicht mit Verweis auf das im Grundgesetz festgeschriebene Eigentumsrecht streitig machen.

Überleitung erst später abgeschlossen

In der Februar-Ausgabe der Deutschen Polizei hatten wir unter der Überschrift „5873 Beförderungen geplant“ berichtet, dass die Überleitung der letzten Polizeibeamten in den gehobenen Dienst spätestens zum 1. 4. 2011 erfolgt. Das Datum ist leider falsch berechnet. Bei den zuletzt im mittleren Dienst eingestellten Kolleginnen und Kollegen kann sich die Überleitung in den gehobenen Dienst bis zum 1. 10. 2012 hinziehen. Der Grund: Nach § 8 Laufbahnverordnung der Polizei (LVOPol) ist für die Berechnung der notwendigen Siebenjahresfrist das Datum der Anstellung ent-

scheidend. Nach § 7 LVOPol werden die Beamtinnen und Beamten erst nach Beendigung der regelmäßigen oder im Einzelfall festgesetzten Probezeit angestellt. Nach § 5 LVOPol trägt die regelmäßige Probezeit im Laufbahnabschnitt I ein Jahr und sechs Monate. Je nach Ergebnis der Fachprüfung kann sie bis auf die Hälfte bzw. bis auf zwei Drittel reduziert werden.

Dies bedeutet, dass sich der Termin der Überleitung für die letzten Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes auf den 1. 10. 2012 verschieben kann und nicht, wie berichtet, der 1. 4. 2011 ist.

Die Redaktion



Besondere Altersgrenzen

Beamte des Vollzugsdienstes, die vor Vollendung des 65. Lebensjahres wegen Erreichens der besonderen Altersgrenze für Polizeibeamte in den Ruhestand gehen, erhalten neben dem Ruhegehalt eine einmalige Ausgleichszahlung in Höhe des fünffachen der Dienstbezüge des letzten Monatsentgelts, höchstens jedoch 4091 Euro. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen sich schwerbehinderte Kolleginnen und Kollegen, die vorzeitig in den Ruhestand getreten sind oder die Antragsaltersgrenze nach § 192 Abs. 4 Landesbeamtengesetz (LBG) in Anspruch genommen haben, wundern, dass sie die Ausgleichszahlung nicht erhalten haben. Diese Entscheidung ist allerdings rechtlich korrekt: Im § 48 Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) ist lediglich von der „gesetzlichen Altersgrenze“ die Rede. Diese ist in § 192 Abs. 1 LBG geregelt. Polizeibeamte, die wegen Erreichen der Antragsaltersgrenze nach § 192 Abs. 4 LBG oder auf Grund der Inanspruchnahme des vorzeitigen Ruhestandes wegen Schwerbehinderung in den Ruhestand gehen, haben deshalb keinen Anspruch auf die Ausgleichszahlung. Für alle anderen gilt: Der Ausgleichsbetrag von maximal 4091 Euro verringert sich für jedes Jahr, in dem ein Polizeibeamter über das vollendete 60. Lebensjahr hinaus Dienst ableistet, um ein Fünftel. Diese Regelung ist vom Gesetzgeber trotz der schrittweise wirksamen Heraufsetzung der Regelaltersgrenze für Polizeibeamte von 60 auf 62 Jahre nicht verändert worden. Vollzugsbeamte, die mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze in Ruhestand gehen, erhalten deshalb in Zukunft den Ausgleichsbetrag nur noch anteilig.

GdP-Termine 2009

Einen Überblick über wichtige Veranstaltungen der GdP bietet der Terminplan 2009, von gewerkschaftlichen Fachseminaren über das GdP-Motorrad-Sicherheitstraining bis zu den Coaching-Kursen für die Diplom- und Bachelor-Studenten. Auch Freizeitangebote wie der GdP-Familientag in Fort Fun, die GdP-Gala-Disco im Adiamo in Oberhausen und die traditionelle Seniorenfahrt auf dem Biggesee finden sich in dem Flyer. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Wir sind die GdP



Seit dem Start des Bachelor-Studiengangs Polizeivollzugswesen im September letzten Jahres ist Dortmund eine von zehn Ausbildungsbehörden der neuen Polizeianwärterinnen und -anwärter. Und seitdem gibt es auch wieder eine Junge Gruppe in der Ruhrgebietsstadt. „Wir sind das Sprachrohr der Nachfolgeneration in der GdP“, so haben Thomas Leiding (stellv. Vorsitzender), Angelika Leiding (Schriftführerin) und Torsten Seiler (Vorsitzender) vor kurzem in „Paroli“, der Mitgliederzeitschrift der GdP Dortmund, ihren Anspruch an die eigene Arbeit formuliert und sich sogleich um die Ausrichtung der nächsten Landesjugendkonferenz der Jungen Gruppe beworben. Mit einem Konzept, dass sich Anfang Februar auf der Sitzung des erweiterten Landesjugendvorstands durchsetzen konnte.

Treffen wird sich die Junge Gruppe der GdP Nordrhein-Westfalen deshalb am 16./17. Oktober im „SportCentrum Kamen-Kaiserau“, einem Tagungs- und Trainingszentrum des Fußball- und Leichtathletikverbands Westfalen. Im Mittelpunkt des Landesjugendtreffens sollen nicht nur politische Debatten und Ausbildungsfragen stehen, sondern zumindest in den Pausen auch Sport und Freizeitangebote. „Wir werden nicht nur rumsitzen, sondern auch Spaß haben“, verspricht Torsten Seiler. „Denn gemeinsame Erlebnisse machen für die politische Arbeit stark.“

GdP aktiv

6. 3., 14.30 Uhr, Skatturnier der Kreisgruppe Autobahnpolizei/Verkehr Köln, APW Eschweiler, Anmeldung: Dieter Königs, Tel. 02 21/2 29 20 45

11. 3., 16.30 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, Kantine des Rathauses Gladbeck, Willy-Brand-Platz 2

17. 3., 14.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, Abteizentrum, An der Abtei 1

19. 3., 14.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Wuppertal, Polizeipräsidium, Friedrich-Engels-Allee 228

19. 3., 16.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, Hotel Schweinsberg, Lennestadt-Langenei

19. 3., 17.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, Gaststät-

te Kruse Baimken, Am Stadtgraben 52

20. 3., 16.30 Uhr, Skat-Turnier der Kreisgruppe Köln, Gaststätte Zum alten Brauhaus/Haus Cornely, Kalker Hauptstraße 143, Köln-Kalk, Anmeldung: Charly Göke, 02 21/44 57 21

21. 3., 20.00 Uhr, Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, Gaststätte Sodekamp-Dohmen, Hückelhoven-Hilfrath

23. 3., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Mülheim, Gaststätte Bürgergarten, Aktienstraße 80

26. 3., 16.15 Uhr, GdP-Skat-Turnier der Kreisgruppe Wuppertal, Polizeipräsidium, Friedrich-Engels-Allee 228, Anmeldung: Angelika Holl, Tel. 02 02/6 98 15 40

28. 3., 20.00 Uhr, Kreisgruppe Coesfeld, Bürger- und Polizeifest, St.-Barbara-Haus, Dülmen.



Freikarten für Ruhrfestspiele

Jedes Jahr starten am 1. Mai die Ruhrfestspiele in Recklinghausen mit einem Kulturvolksfest – und dann folgt sechs Wochen lang ein Theatermarathon der Superlative. In diesem Jahr stehen bei dem vom DGB und der Stadt Recklinghausen getragenen Ruhrfestspielen Stücke der skandinavischen Autoren Henrik Ibsen und August Strindberg sowie von Ingmar Bergmann im Vordergrund, Lesungen bekannter deutscher Schauspieler wie Hannelore Elsner, Ulrich Matthes, Nina Hoss und Otto Sander und eine Late-Night-Kabarett-Reihe mit Georg Schramm, Hagen Rether, Piet Klocke und Horst Schroth.

Zu sehen sind in Recklinghausen diesmal aber auch Hollywood-Größen wie Rebecca Hall (zurzeit in Woddy Allens Film „Vicky Christina Barcelona“ auf der Leinwand), Oskar-Preisträger Sam Menders (als Regisseur) und Entertainer Harald Schmidt (als Schauspieler). Zu-

dem gibt es ein eigenes Fringe-Festival für kleinere Straßentheatergruppen, etliche Uraufführungen deutschsprachiger Stücke und ein Abschlusskonzert mit den „Leningrad Cowboys“. Für Gewerkschafts-Mitglieder gibt es die Eintrittskarten der Ruhrfestspiele zu Sonderkonditionen (Bestellung: www.ruhrfestspiele.de). Für einige GdP-Mitglieder ist der Eintritt in diesem

Jahr sogar kostenlos: Unter allen GdP-Mitgliedern in NRW, die bis Ende März eine neues Mitglied werben, verlost der Landesbezirk vier mal zwei Freikarten



für das Late-Night-Kabarett „Thomas Bernhard hätte geschossen“ mit Georg Schramm am 16. Mai (Beginn 22.00 Uhr). Mehr Infos: theo.mayer@gdp-nrw.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die April-Ausgabe
ist der 6. März.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 3. Peter Lang, Ratingen
- 18. 3. Anselm Schnabel, Gengenbach
- 25. 3. Klara Jürgens, Wuppertal
- 29. 3. Paula von Behren, Nettetal
- 31. 3. Fritz Kaiser, Leverkusen

91. Geburtstag

- 21. 3. Hans Franke, Minden
- 24. 3. Antonie Heger, Düsseldorf

92. Geburtstag

- 4. 3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal
- 5. 3. Emma Klusmann, Hattingen
- 11. 3. Fritz Ziems, Detmold
- 15. 3. Gerda Brückner, Wuppertal
- 17. 3. Paula Schmiegel, Paderborn
- 19. 3. Elisabeth Bosbach, Monheim
- 28. 3. Else Growe, Essen

93. Geburtstag

- 2. 3. Heinrich Classen, Neuss
- 5. 3. Paul Possart, Bonn
- 12. 3. Erwin Snater, Dülmen
- 25. 3. Maria Staudt, Dortmund

94. Geburtstag

- 3. 3. Maria Tekath, Goch
- 15. 3. Helene Gehrke, Baesweiler
- 16. 3. Else Jung, Paderborn
- 22. 3. Heinrich Blennemann, Eslohe

95. Geburtstag

- 12. 3. Maria Esser, Mönchengladbach
- 19. 3. Gertrud Mehrgott, Söhlde
- 20. 3. Hermann Winnands, Leverkusen
- 30. 3. August Dzierko, Witten
- Maria Nehling, Bocholt

96. Geburtstag

- 2. 3. Helmut Luetge, Hamm
- 13. 3. Gerhard Kosak, Rheinberg
- 15. 3. Käthe Bösche, Köln
- 26. 3. Sigismund Cyplik, Bönen

97. Geburtstag

- 18. 3. Erna Kaiser, Bochum
- 21. 3. Olga Oeben, Bochum

98. Geburtstag

- 1. 3. Anna Hattwig, Hamm

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP Nordrhein-Westfalen wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Standardwerk über die Geschichte der GdP

Über die Geschichte der Polizeigewerkschaften ist viel weniger bekannt, als über die anderer Gewerkschaften. Über ihre Entstehung, ihre inneren Strukturen, ihre Strategien und Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen wissen oft nur Experten Bescheid. Diese Wissenslücke schließt jetzt ein Buch des Siegener Polizeibeamten Manfred Reuter, das sich ausführlich mit der Entstehung und Politik der GdP in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt.

Dass sich Polizeibeamte überhaupt gewerkschaftlich organisieren können, war lange Zeit nicht selbstverständlich. Länger als Arbeitnehmer in anderen Berufen wurden Polizisten, die sich zu Kameradschafts- oder Hilfsvereinen zusammenschließen wollten, im neuzehnten Jahrhundert in Deutschland politisch verfolgt und aus dem Dienst entfernt. Später, unter den Nationalsozialisten, wurden die Polizeibeamten um so rücksichtsloser als Teil des staatlichen Unterdrückungssystems missbraucht. Reuter beginnt sein Buch über die Gewerkschaft der GdP deshalb mit einem historischen Rückblick, der von der Gründung des ersten polizeilichen Kameradschaftsvereins 1882 in Bayern über die Weimarer Republik bis zur Gleichschaltung der Polizei zwischen 1933 und 1945 reicht, ehe er zur Gründung des „Bundes der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen“ am 22. Juli 1948 in Düsseldorf kommt, der Geburtsstunde der GdP.

In den folgenden Kapiteln seines Buchs schildert Reuter kenntnisreich und detailliert Aufbau, Strukturen und politische Strategien der GdP in Nordrhein-Westfalen. Die GdP ist nicht die einzige Gewerkschaft, die in NRW Beschäftigte im Polizeibereich organisiert, aber sie ist mit einem Organisationsgrad von mehr als 75 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder bei der Polizei und von fast sechzig Prozent der aktiv im Beruf Stehenden die einzige politisch durchsetzungsmächtige Interessenvertretung der Beamten und der Tarifbeschäftigten bei der Polizei. Reuter nennt sein Buch deshalb „Polizeigewerkschaften in Nordrhein-Westfalen am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW“.

Die Stärken seiner Studie liegen nicht nur in der Fülle der fast akribisch aufgelisteten Fakten zu zahlreichen Einzelphänomenen, von der internen Organisati-

onsstruktur bis zur Entwicklung des Organisationsgrads der GdP, sondern auch in der systematischen Analyse ihrer politischen Strategie. Reuter beschreibt die GdP als eine durchsetzungstarke politische Gewerkschaft, deren Macht auf einem Policy-Mix beruht. Sie verstehe es besser als die mit ihr konkurrierenden, deutlich kleineren Interessensvertretungen, ihre politischen Positionen in die Medien zu transportieren und sich mit ihren politischen Forderungen gegenüber der Landesregierung Gehör zu verschaffen. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit rät Reuter der GdP, stärker auf die Interessen von Minderheiten in der eigenen Organisation einzugehen und sich für Reformen im Bereich des Beamtenrechts zu öffnen. Zudem habe die GdP auf die zunehmende Europäisierung des Politikfelds Polizei bislang nur unzureichend reagiert.

Nicht alle Thesen von Reuter werden ohne Widerspruch bleiben, sein Buch ist aber in jedem Fall eine interessante Analyse der Politik und Geschichte der GdP in NRW – auch wenn sich das Buch wegen seiner wissenschaftlichen Sprache nicht immer einfach erschließt und die Darstellung bereits 2005 endet, vor der letzten Personalratswahl und der Neuwahl des Landesbezirksvorstands vor zwei Jahren.



Manfred Reuter, Polizeigewerkschaften in Nordrhein-Westfalen (NRW) am Beispiel der „Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW,“ Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/M., 2009, ISBN 978-3-86676-063-9, 24,80 Euro

Umbenannt

Die Kreisgruppe Polizei-Führungsakademie (PFA) der GdP hat sich in Kreisgruppe „die Deutsche Hochschule der Polizei“ (DHPol) umbenannt. Mit dem Namenswechsel vollzieht die Kreisgruppe die Umwandlung der Polizei-Führungsakademie (PFA) in die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) nach.

Mitfahrer ins Baltikum gesucht

Die Kreisgruppe Minden-Lübbecke bietet GdP-Mitgliedern vom 13. bis 23. Juni eine Reise zu den Masuren und der Memel an. In einem modernen Reisebus besichtigen die Teilnehmer der Fahrt eine ganze Reihe historischer Städte, darunter Danzig und Königsberg, und besuchen das Thomas-Mann-Haus in Nidden. Zurück geht es per Schiff bis nach Kiel. Der Reisepreis von 1430 Euro beinhaltet neun Übernachtungen mit Halbpension in guten Hotels, die Kosten für die Fähre, Eintrittsgelder, Visagebühren sowie eine Reiserücktritts- und Reisekrankenversicherung. Mehr Infos: Wilfried Prasuhn, Tel. 05 71/88 66 81 00; E-Mail: wilfried.prasuhn@t-online.de

Tauschgesuch

Kriminalhauptkommissar aus NRW sucht Tauschpartner aus Bayern.

Mobil: 01 70/8 07 60 10

E-Mail:

frank01.schmitz@polizei.nrw.de

Neu aufgelegt

Unter GdP-Kollegen ist die schmale Broschüre über die Fahrerlaubnisklassen ein Klassiker, weil sie alle Informationen rund um den Führerschein, über die Bedeutung der einzelnen Symbole und Ziffern auf der Plastikkarte und alle wichtigen Sonderbestimmungen umfasst und trotzdem in jede Jackentasche passt. Jetzt hat der Landesbezirk die dritte Neuauflage der Broschüre an die Kreisgruppe verschickt.

Bestellungen: Theo Mayer, Tel. 02 11/ 2 91 01 20.



JAV-Wahlen im April

Nur noch bis zum 19. März, dann müssen alle Wahlvorschläge für die Kandidatinnen und Kandidaten für die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) im Polizeibereich vorliegen. Kurz danach

LZPD, geht es bei der Wahl auch um die Zusammensetzung der Polizei-Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung im Innenministerium. Sie ist sozusagen das Spiegelbild des Polizeihauptpersonalrats (DP 1/2009).

Die GdP wird in allen Bereichen mit eigenen Wahlvorschlägen an den Start gehen. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de und in der Anfang April erscheinenden nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei.



werden die Wahlunterlagen an die Wahlberechtigten versandt, die Briefwahl beantragt haben. Alle anderen können ihre Stimme persönlich abgeben, vom 7. bis 9. April 2009.

Gewählt wird die Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr übrigens zum siebten Mal. Neben den örtlichen JAV'en bei den zehn Ausbildungsbehörden, denen die aktuell rund 2100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter in NRW zugeordnet sind, und beim

Werbeaktion 2009 Glücksnummern des Monats

45 13139
Julia Weiss, Hagen
45 08326
Nils Goldberg, Ennepe-Ruhr
45 15247
Katharina Goebel, Köln
45 16177
Sally Hoegen, Aachen

Die Gewinner erhalten einen Carrybag Flora.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

20. März, 15.00 Uhr, DGB Ostwestfalen, „Auch im Alter mitten im Leben“, Vortrag von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, VHS Bielefeld, Ravensberger Park

Kreisgruppe Gelsenkirchen

9. März, 14.00 Uhr, Seniorentreff, Kantine des Polizeipräsidiums, Anmeldung: 02 09/3 65 30 03

Kreisgruppe Köln

19. März, 14.00 Uhr, „Neue Formen der Bestattung“, Vortrag von Polizeiseelsorger Ludwig Kroner, Pfarrsaal St. Georg

Kreisgruppe Krefeld

5. März, 16.00 Uhr, Mitgliederversammlung des Polizei-Pensionärs-Vereins, Gaststätte Liewerbaas, Oststraße 12

Kreisgruppe Unna

17. März, 12.00 Uhr, Fahrt zum Kriminalmuseum Dortmund, Treffpunkt: Parkplatz des Kreishauses Unna

Kreisgruppe Wuppertal

ab dem 10. März, regelmäßiges Seniorentreffen an jedem 2. Dienstag im Monat, jeweils um 14.30 Uhr im Verwaltungsgebäude/Polizeiwache in Wuppertal-Langerfeld (Hintereing.), Schwelmer Str. 15a

NACHRUF

Basel, Hildegard	24. 09. 1912	Duisburg	Matlik, Agnes	25. 11. 1919	Wuppertal
Behlau, Heinrich	04. 02. 1926	Recklinghausen	Möhlenkamp, Gertrud	26. 02. 1921	Duisburg
Bornhöfft, Hildegard	03. 08. 1915	Bielefeld	Pöllen, Bruno	10. 03. 1936	Essen
Busch, Emma	29. 11. 1911	Märkischer Kreis	Puderbach, Karl	09. 02. 1912	Mülheim
Dolff, Agnes	12. 12. 1911	Düren	Remke, Heinrich	29. 06. 1915	Dortmund
Dosse, Heinz	20. 04. 1920	Bonn	Rheindorf, Anton	11. 03. 1920	Bonn
Elsenberg, Hedwig	03. 11. 1926	Köln	Schmöle, Bernhardine	09. 03. 1921	Ennepe-Ruhr
Frambach, Erich	30. 01. 1922	Mönchengladbach	Schneider, Renate	13. 01. 1921	Märkischer Kreis
Göbel, Wilhelm	12. 12. 1914	Wuppertal	Schnoll, Bernhard	07. 04. 1926	Aachen
Grandt, Albert	11. 09. 1915	Wesel	Specka, Gudrun	06. 08. 1923	Gelsenkirchen
Hanzen, Josef	07. 02. 1922	Düsseldorf	Steinkamp, Karl	28. 11. 1920	Duisburg
Hellmann, August	20. 12. 1919	Wuppertal	Thebelt, Hermann	06. 08. 1919	Borken
Hogen, Johann	22. 11. 1936	Aachen	Thönnißen, Irmgard M.	05. 05. 1928	Aachen
Jendreiko, Wilhelm	03. 12. 1934	Recklinghausen	Weber, Grete	21. 07. 1931	Krefeld
Kauschke, Alfred	12. 05. 1926	Dortmund	Weigelt, Walter	08. 07. 1926	Bielefeld
Kleineberg, Waltraud	18. 12. 1925	Hagen	Wilms, Erna	06. 06. 1910	Düsseldorf
Kramer, Marga	15. 09. 1916	Gelsenkirchen	Winkelmann, Johann	26. 08. 1920	Bonn
Kullick, Anna	09. 04. 1920	Kleve	Wittke, Günter	12. 08. 1923	Düsseldorf
Lochthofen, Manfred	05. 10. 1938	Hagen	Wrobel, Wanda	07. 07. 1916	Bochum

